

Boris Palmer
Erst die Fakten, dann die Moral


Boris Palmer

**Erst die Fakten,
dann die Moral**

Warum Politik mit der Wirklichkeit beginnen muss

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf
deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

3. Auflage

Copyright © 2019 by

Siedler Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-8275-0124-0

www.siedler-verlag.de

*Für Jonathan,
der immer alles ganz genau
wissen will*

Inhalt

Die Tatsachenkrise	9
Erstes Kapitel	
Bezahlbar wohnen: Sachverständige auf Irrwegen	21
Zweites Kapitel	
Luftreinhaltung: Nur heiße oder doch saubere Luft?	45
Drittes Kapitel	
Don Quichotte gegen Windmühlen: Bürgerinitiativen behindern die Energiewende	63
Viertes Kapitel	
Wasserschutz: Brunnen sind heilig	83
Fünftes Kapitel	
Der deutsche Sicherheitswahn: Vernunft bleibt zurück	95
Sechstes Kapitel	
Sicherheit ist subjektiv: Gefühle und Fakten im Widerstreit	120
Siebtes Kapitel	
Affentheater: Wenn Menschen zu Bestien werden	138
Achtes Kapitel	
Stuttgart 21: milliardenschwerer Irrtum	157

Neuntes Kapitel	
Empört euch! Aber werdet nicht intolerant	173
Zehntes Kapitel	
Klimareligion: Wissenschaft als Glaubenssache	204
Zehn Thesen über Politik und Wirklichkeit	229

Die Tatsachenkrise

In 869 Tagen hat US-Präsident Donald Trump 10 796 falsche oder irreführende Behauptungen aufgestellt. So der Faktenchecker der »Washington Post« mit Stand vom 07. Juni 2019.

Darin steckt eine offensichtlich schlechte und eine etwas verborgene gute Nachricht.

Die schlechte: Der mächtigste Mann der Welt schert sich nicht sonderlich um eine korrekte Darstellung der Tatsachen. Die gute: Falsche und irreführende Behauptungen sind im Informationszeitalter leicht zu erkennen. Und den Tatsachen verpflichtete Institutionen dokumentieren Trumps Verdrehungen der Wirklichkeit für jeden transparent und einsehbar. Verstörend ist eigentlich, dass dies kaum einen Effekt zu haben scheint.

Es mehren sich die Zeichen, dass wir eine »Tatsachenkrise« erleben. Ein US-Präsident, der so ziemlich jede kritische Berichterstattung kurzerhand als Fake-News abtut, war vor zehn Jahren überhaupt nicht vorstellbar. Den Begriff »Fake-News« kannten wir damals in Deutschland noch gar nicht. Die technischen Voraussetzungen zur Beeinflussung von Wahlen durch Bots, also virtuelle Debattenroboter, sind eine Erfindung dieses Jahrzehnts. Das Geschäftsmodell, Falschmeldungen in Umlauf zu bringen, um damit Werbung zu platzieren, ist brandneu und schrecklich erfolgreich. Die klassische Zeitung scheint hingegen wirtschaftlich ein Auslaufmodell zu sein.

Soziale Medien sind weder sozial, noch erfüllen sie die Funktionen von Medien. Sie sollten besser »digitale Netzwerke mit beschränktem Bezug zur Wirklichkeit« heißen. Und sie benötigen dringend eine regulatorische Grundreinigung.

Die Tatsachenkrise hat gravierende politische Folgewirkungen. Das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien in ganz

Europa und der Brexit lassen sich auch als Wirklichkeitsverweigerung deuten. Für diese Interpretation spricht, dass die Brexiteers und alle erfolgreichen Rechtspopulisten für ihren Umgang mit Wahrheit und Wirklichkeit sich an Donald Trump ein Vorbild nehmen.

Und es erklärt, warum Rechtspopulisten oft eine gute alte Zeit beschwören, die es so niemals gegeben hat. Kommt zu einem bedenkenlosen Umgang mit der Wirklichkeit auch noch Skrupellosigkeit, wie sie im Ibiza-Video des zurückgetretenen Vizekanzlers der Republik Österreich, Heinz-Christian Strache, besichtigt werden kann, dann sind Sorgen um den Fortbestand der liberalen Demokratien nicht unberechtigt.

Wir sollten aber der Verruchtheit der handelnden Personen etwas weniger und dem zugrunde liegenden Verlust der Faktenbasis für politische Entscheidungen deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen. Wenn Tatsachen keine Rolle mehr spielen, kann jede noch so absurde Theorie und Ideologie in Regierungshandeln münden. Schlechte Charaktere haben dann freie Bahn. Rezepte, die den Fakten wieder Geltung verschaffen könnten, sind auch aus diesem Grund dringend gefragt.

Der erste Nachkriegs-Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, ging mit den Tatsachen gänzlich anders um als Donald Trump. Er prägte den Satz: »Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.« Ich hielt lange Zeit den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) für den Urheber. Denn das Zitat gehörte zu den Lieblingsformulierungen in seinen Landtagsreden, denen ich als damals junger Landtagsabgeordneter der Grünen folgen durfte und musste.

Als ich den Satz zum ersten Mal aus Teufels Mund hörte, schien er mir banal, zumal ich mir die Sicht auf die Wirklichkeit, die der Ministerpräsident durch den Rückgriff auf Schumacher begründen wollte, nicht zu eigen machen konnte. Je öfter Erwin Teufel mich aber durch Wiederholung dazu zwang,

über den Satz nachzudenken, umso mehr begriff ich dessen tieferen Sinn.

Politik beginnt nämlich allzu oft gerade nicht mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Politische Akteure handeln immer wieder nach dem Motto von Pippi Langstrumpf »Ich mach mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt.« Politik beginnt dann schlicht mit einer Wunschvorstellung in den Köpfen einer Gruppe von Menschen, die sich zu einer Partei zusammengeschlossen haben. Die Gefahr, die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis zu nehmen, droht dabei aus ganz verschiedenen politischen Richtungen.

Konservative sind davon zunächst weniger betroffen, denn sie wollen ja das Vorhandene bewahren. Dafür muss man zumindest einmal ein Verständnis davon erlangen, was schon da ist. Progressive Kräfte neigen schneller dazu, die Tatsachen nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil sie Zustände schaffen wollen, die es noch nicht gibt.

Umgekehrt können Konservative aber leicht in Versuchung geraten, unangenehme Fakten auszublenden, wenn eine korrekte Betrachtung der Wirklichkeit eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse erfordern würde. Und Progressive haben einen besseren Blick dafür, wie sich gerechtere Zustände der Gesellschaft erreichen ließen, wie man also existierende Probleme durch Reformen beseitigt. Es gilt unabhängig von der politischen Grundhaltung, dass Politik bessere Erfolgsvoraussetzungen hat, wenn sie mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnt.

Bei Donald Trump vermute ich übrigens, dass er die Wirklichkeit durchaus betrachtet. Er scheint eher große Flexibilität darin zu besitzen, sich in seinen Äußerungen von ihren fesselnden Wirkungen frei zu machen. Das würde zumindest erklären, warum er im Gegensatz zu Politikern, die reinen Wunschvorstellungen anhängen, erstaunlich erfolgreich ist. Falls das zu-

treffen sollte, wäre Schumachers Zitat sogar dann einschlägig, wenn einem Politiker Maßstäbe von Anstand und Integrität, die Schumacher geradezu verkörperte, vollständig abgehen. Die Betrachtung der Wirklichkeit scheint eine wertneutrale Erfolgsvoraussetzung für jede Politik zu sein.

Warum wird diese Einsicht so wenig beachtet? Wieso folgt die Politik so gerne Stimmungen und zu selten der Wirklichkeit? Welche Hindernisse stehen faktenbasierten Debatten und Entscheidungen im Weg?

Diesen Fragen anhand der Erfahrungen nachzugehen, die ich in 25 Jahren in der Politik, davon sechs Jahre als Abgeordneter und zwölf Jahre als Oberbürgermeister, machen durfte, widmet sich dieses Buch. Der Wechsel aus einem Landesparlament in die Gesamtverantwortung für eine Stadt spielte dabei eine wichtige Rolle. In Parlamentsdebatten offenbart die häufig gebrauchte Redewendung, man vertrete die Interessen »der Menschen draußen im Land« ungewollt die selbstbezogene Binnenperspektive vieler Politiker.

Diese Distanz zwischen Wählern und Gewählten kann in der Kommunalpolitik schwerlich entstehen. Noch nie habe ich gehört, wie ein Gemeinderat von den Menschen »da draußen in der Stadt« geredet hätte. Wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind drinnen. Wir sind für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit greifbar, und ein ungelöstes Problem oder eine nicht praktikable Idee fallen einem Bürgermeister auf die Füße, sobald er das Haus verlässt.

Die Wirklichkeit der Menschen außer Acht zu lassen, kann man sich da schlicht nicht leisten. Welchen Schwierigkeiten man dennoch begegnet, wenn man den Fakten in der Politik vor Ort Geltung verschaffen will, und wie sich damit umgehen lässt, auch davon berichtet dieses Buch.

Mein Zugang zur Wirklichkeit ist geprägt durch mein Amt,

meine ökologische Grundhaltung und mein Studium der Mathematik. Dazu kommt mein schwäbischer Dickschädel. Dies alles zusammen macht mich zu einem überzeugten Verfechter grüner Konzepte zum Klimaschutz, zur Windkraft oder zum Wohnungsbau und zum entschiedenen Kritiker des Bahnprojekts Stuttgart 21. Zugleich führt mich das aber auch in Widerspruch zur Mehrheit meiner Partei in Fragen von Migration und Sicherheit, Luftreinhaltung, Tierversuchen oder dem richtigen Umgang mit Gruppenidentitäten und Minderheiten in der Gesellschaft. Warum es in der Politik so schwer ist, Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten zu treffen, wird Kapitel für Kapitel entfaltet.

In den Auseinandersetzungen mit Teilen meiner Partei und dem politisch linken Spektrum unserer Gesellschaft, die ich die letzten Jahre über Flüchtlingspolitik geführt habe, ist nicht nur mein Buch »Wir können nicht allen helfen« entstanden. Ich habe dabei begriffen, dass der nüchternen Betrachtung der Fakten nicht nur Fake-News und Rechtspopulismus im Wege stehen, sondern auch der Versuch, eine Art moralischen Filter über die Wirklichkeit zu legen.

Wenn »Haltung« gefordert wird, ist leider immer wieder eine Vorsortierung der zulässigen Argumente in öffentlichen Debatten gemeint. Ich sehe dahinter das Bedürfnis nach einer neuartigen Form der sozialen Distinktion. Reichtum kann in einer Wohlstandsgesellschaft nur noch in obszöner Form präsentiert werden. Bildung hat ihren Höherstellungswert seit den siebziger Jahren durch eine nie da gewesene Expansion akademischer Weihen und in jüngster Zeit durch Wikipedia ebenfalls weitgehend eingebüßt. Moral hingegen wird als Distinktionsmerkmal immer wertvoller, denn in Zeiten des aufstrebenden Rechtspopulismus unterscheidet diese den Menschen vom Menschenfeind.

Zweifellos ist eine Welt, in der die Menschen die Moral hochhalten, besser als eine Ordnung, in der die Unmoral regiert. Es

lässt sich also als Fortschritt werten, wenn immer mehr Menschen Moral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einfordern. Seit Hegels Beschreibung der Dialektik wissen wir aber, dass zu jeder These auch eine Antithese gehört. Wenn das Pendel zu weit ausschlägt, muss sie formuliert werden, um zu einer Synthese zu gelangen. Wenn aus einer moralischen Grundhaltung ein allgegenwärtiges Moralisieren wird, wenn Menschen die eigene Moral zum Maßstab für alle machen und jede andere Moral verdammten, wenn also aus Moral Überheblichkeit, Hochmut, Arroganz und Abwertung wird, dann ist es Zeit für eine Antithese. Sie lautet: Erst die Fakten, dann die Moral!

Ganz besonders hat sich die Moral als Kriterium sozialer Distinktion im Kontext der Flüchtlingskrise und des damit verbundenen Erstarkens der AfD etabliert. Wir erinnern uns: Die AfD wurde als Partei der Eurogegner von Leuten wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty und Hans-Olaf Henkel, also Professoren und Wirtschaftskapitänen, gegründet. Als der von den Eurokritikern prophezeite Kollaps Griechenlands und des Eurosystems aber ausblieb, verharrte die AfD unter der Marke von 5 Prozent und verfehlte noch 2013 den Einzug in den Bundestag.

Der Spuk schien vorbei, die AfD das Schicksal aller Partei Gründungen am rechten Rand zu ereilen. Dann kam die Flüchtlingskrise im Herbst 2015, die Alexander Gauland selbst als Geschenk für seine Partei bezeichnete, und innerhalb weniger Monate wurde die AfD auf zweistellige Werte katapultiert, die sie seither behauptet hat.

In dieser frühen Phase versuchten besonders linke Politiker, die AfD vom hohen moralischen Ross zu bekämpfen. Sigmar Gabriel beschimpfte Demonstranten, die im sächsischen Heidenau vor einer Asylbewerberunterkunft aufzogen, als »Pack und Mob«. Zweifellos war die Gewalt, die dort von rechtsradikalen Kräften verübt wurde, vollkommen inakzeptabel und eine Sache für den Staatsanwalt.

Aber schon wenige Tage nach dieser Gabriel-Attacke, die links viel Beifall fand ob ihrer so wünschenswerten Klarheit der moralischen Positionierung, kritisierte Eberhard Straub im Deutschlandfunk zu Recht: »Diese moralisch hochgerüstete Radikalität nimmt bedenkenlos eine erstaunliche Verrohung der Sprache in Kauf. Die Leidenschaft für das Gute verzichtet auf Nuancen und widerspricht damit einem alten Grundsatz vernünftiger Aufklärung: die Dinge zu verstehen, das heißt, sie zu komplizieren.«

Die Versuchung der moralisch aufgeputschten Wählerbeschimpfung ist diesseits und jenseits des Atlantiks gleich groß und sie entscheidet Wahlen. Donald Trump wäre wohl gar nicht im Amt, wenn Hillary Clinton dessen Wählerschaft nicht als »basket of deplorables«, eine Ansammlung von Bedauernswerten, bezeichnet hätte. Der baden-württembergische SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid brachte jede Wahlversammlung mit dem einstudierten Standardsatz »Anständige Menschen wählen keine Rassisten. Ende der Durchsage« zum Kochen. Ist es wirklich überraschend, dass die mit solcher Zuwendung bedachten Wähler in Scharen zu den Rechtspopulisten überlaufen? Die SPD ist heute mit 12,7 Prozent hinter der AfD mit 15,1 Prozent im Landesparlament von Baden-Württemberg nur noch die viertstärkste Kraft.

Die Folgen der Herabsetzung, Ausgrenzung und Dämonisierung der AfD und ihrer Wählerschaft unter Berufung auf die Moralität der Flüchtlingshilfe konnte man bei der Europawahl im Mai 2019 unmittelbar besichtigen. In urbanen Zentren, wo Migration schon lange Realität ist und sich die Mehrheitsgesellschaft mit Begriffen wie »Offenheit« und »Vielfalt« eine positive Wertung der Einwanderungsgesellschaft zu eigen gemacht hat, dominiert die Farbe Grün. In den ländlichen Räumen und den strukturell schwächeren Regionen herrscht im Westen die Farbe Schwarz vor, im Osten aber die Farbe Blau.

Rot kommt auf der politischen Landkarte der relativen Mehrheit in den Wahlkreisen fast nicht mehr vor. Die SPD wurde an der Migrationsfrage zerrieben. Die flüchtlingsfreundlichen Milieus wandern zu den Grünen ab, die ihre Moral in reinerer Form verkörpern. Die flüchtlingskritischen Milieus, denen die SPD mit Ablehnung und dem moralischen Zeigefinger gegenübertritt, werden hingegen zur AfD getrieben. Der Linken geht es im Osten nicht besser als der SPD.

Völlig anders hat sich die politische Lage in Dänemark entwickelt. Bei der jüngsten Parlamentswahl wurden die Sozialdemokraten dort stärkste Kraft und stellen nach langen Jahren der Opposition die Ministerpräsidentin. Die dänischen Rechtspopulisten verloren zugleich fast zwei Drittel ihrer Wähler, und das innerhalb einer einzigen Legislaturperiode.

Diesen Erfolg verdankt die Sozialdemokratie in Dänemark einem Strategiewechsel in der Ausländer- und Asylpolitik, den die Spitzenkandidatin Mette Frederiksen in den einfachen Satz gekleidet hat: »Du bist kein schlechter Mensch, nur weil du dir Sorgen machst wegen der Migration.« Welch ein Gegensatz zu »Pack«, »Mob« und »Basket of deplorables«. Und nein, auch wenn Mette Frederiksen eine für deutsche Verhältnisse rechte und robuste Migrationspolitik vertritt, ist sie nicht selbst zur Rechtspopulistin geworden. Denn es folgte ein weiterer Satz: »Du bist auch nicht naiv, wenn du anderen Menschen helfen willst, ein besseres Leben zu haben.«

Es gibt zwei grundsätzlich sehr verschiedene Möglichkeiten, auf den Erfolg der dänischen Sozialdemokraten zu reagieren. Man kann die der Strategie der zugrunde liegenden Analyse hinterfragen, die Sorgen der Bürger wirklich ernst zu nehmen, oder die daraus entstehenden Konsequenzen moralisch bewerten. Beides ist zulässig, aber die Ursachenforschung von Beginn an abzusagen, weil die möglichen Folgerungen daraus zu unangenehm sein könnten, ist sicher nicht sachdienlich. Viele in der

SPD-Führung und den deutschen Medien reagierten exakt nach diesem Muster.

Zum Beispiel Kai Strittmatter in einem Kommentar der »Süd-deutschen Zeitung«: »Frederiksen preist ihren Weg längst als Modell – sie fordert ihre europäischen Genossen auf, ihr zu folgen. Der Preis dafür aber ist ein hoher: Frederiksen argumentiert rational mit der Sorge um den Wohlfahrtsstaat, ihre Partei hat jedoch auf dem Weg nach rechts nicht nur einiges an Werten und Menschlichkeit aufgegeben – sie ist dabei auch mit beiden Füßen in die Falle der Rechtspopulisten getappt. Ihre neue Politik nämlich gibt letztlich der schlichten Propaganda von Rechtsaußen Recht, die die Schuld an den sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschicht nicht bei den entfesselten Kräften des global operierenden Kapitals und der ihm zuarbeitenden Politik sucht, sondern stattdessen einen einfachen Sündenbock präsentiert: den Immigranten. Das ist so billig wie effektiv – eine Sozialdemokratie aber, die diesen Weg einschlägt, die gibt ihre Kernkompetenz auf, und damit letztlich sich selbst.«

Dass die dänische Sozialdemokratie der Propaganda der Rechtspopulisten auf den Leim gegangen sei und einiges an Werten und Mitmenschlichkeit aufgegeben hat, ist anders als das dänische Wahlergebnis kein Faktum, sondern eine Wertung, die man nicht teilen muss. Die Kernkompetenz der Sozialdemokratie war historisch auch nicht die Förderung der Migration, sondern die Erschaffung nationaler Wohlfahrtsstaaten, die mit einer Politik offener Grenzen logisch nicht vereinbar sind.

Warum Mitmenschlichkeit sich darin beweisen muss, Flüchtlinge aufzunehmen, ist jedenfalls nicht widerspruchsfrei begründbar. »Wir können nicht allen helfen« ist der schlichte Hinweis darauf, dass wir angesichts von derzeit 65 Millionen Flüchtlingen weltweit überfordert wären, diese in Europa aufzunehmen. Moral muss aber universell gültig sein, sie kann

nicht so aufgeteilt werden, dass sie nur für die Menschen gilt, die es bis auf ein Boot im Mittelmeer geschafft haben.

Wenn aber kein europäisches Land und nicht einmal Europa als Ganzes in der Lage ist, dieses Dilemma aufzulösen, wenn niemand die Ideale der Menschlichkeit durch Aufnahme von Geflüchteten und Armutsvertriebenen vollständig in staatliches Handeln übersetzen kann, dann gibt es keinen Gegensatz zwischen einer Politik der Menschlichkeit und der Unmenschlichkeit, sondern nur einen verantwortungsbewussten Umgang mit inneren Widersprüchen. Notwendig ist die Suche nach Kompromissen, die machbar sind und von der Bevölkerung getragen werden.

In Dänemark ist das der Sozialdemokratie gelungen, in Ostdeutschland scheitern SPD und Linke daran krachend. Sie lassen zu, dass die AfD in vielen Regionen zur stärksten Kraft geworden ist. Wer die Gefahr durch Rechtspopulismus so hoch einschätzt, wie die meisten linksorientierten Politiker dies mit guten Gründen tun, kann dieses Ergebnis nicht einfach achselzuckend zur Kenntnis nehmen und lediglich die eigene Moralität hochhalten. Vogel Strauß ist kein guter Ratgeber für den Umgang mit unbequemen Tatsachen.

Man tut meiner Partei, den Grünen, wohl kein Unrecht, wenn man sie als die moralischste aller deutschen Parteien bezeichnet, auch wenn der Kurs, den die Vorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock in den letzten zwei Jahren eingeschlagen haben, eine wohltuende Korrektur darstellt. Ich weiß, wovon ich spreche, denn meinen ersten Wahlkampf für den Landtag habe ich selbst unter das Motto »Die Welt retten« gestellt. Die unter Ökologen verbreitete Auffassung, die Menschheit müsse vor dem selbst verschuldeten Untergang gerettet werden, mindestens aber die menschliche Zivilisation, hat mich tief geprägt und ist bis heute die wesentliche Triebfeder meines politischen Engagements. Es besteht ja auch kein begründeter

Zweifel daran, dass diese Aufgabe noch immer besteht, ja stetig dringlicher wird.

Wie groß für uns Ökologen die Gefahr ist, angesichts dieser Bedrohung das richtige Maß zu verlieren und in eine moralisierende Grundhaltung abzurutschen, zeigt eine Anekdote, die der schwedische Arzt Hans Rosling in seinem Buch »Factfulness« erzählt. Er berichtet von einer längeren Diskussion mit Al Gore, dem Beinahe-Präsidenten der Vereinigten Staaten, der wohl mehr als jeder andere dazu beigetragen hat, die Risiken des Klimawandels global bewusst zu machen.

Al Gore habe versucht, so Rosling, ihn davon zu überzeugen, die Öffentlichkeit durch die Präsentation der schlimmstmöglichen Folgen des Klimawandels für die Menschheit wachzurütteln. Es sei notwendig, den Leuten Angst einzuflößen, damit rechtzeitiges Handeln möglich wird. Rosling verweigerte sich mehrfach diesem Ansinnen und begründete das mit einem einfachen Satz: »Data must be used to tell the truth, not to call to action, no matter how noble the intentions.« Daten müssen genutzt werden, um die Wahrheit ans Licht zu bringen, und nicht dazu, Menschen zum sofortigen Handeln zu bringen, ganz egal welche hehren Absichten damit verfolgt werden.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass Rosling damit im Recht war. Auch die Rettung der Welt sollte mit kühlem Kopf geplant und betrieben werden. Panik und Angst sind meistens kein besserer Ratgeber als Ignoranz und Gleichgültigkeit. Wer vorschnell handelt, begeht oft schwere Fehler und macht vieles schlimmer. Wer übertreibt, Angst verbreitet und dabei die Wirklichkeit verfärbt, um eigene Ziele durchzusetzen, ruiniert auf Dauer Daten und Fakten als Grundlage für Entscheidungen.

Ob Daten und Fakten moralisch schützenswert sein könnten, sei dahingestellt. Aber ganz praktisch gedacht darf man nie riskieren, das Vertrauen in objektive Entscheidungskriterien durch absichtliche Übertreibung zu zerstören. Selbst wenn

man einmal mit dem Schüren von Angst erfolgreich sein sollte, so wird sich spätestens beim zweiten Versuch zeigen, dass niemand mehr zuhört. Wenn wir die Welt retten wollen, dann wird Moral dazu nur einen bescheidenen Beitrag leisten können. Entscheidend wird es sein, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Schauen Sie selbst.

ERSTES KAPITEL

Bezahlbar wohnen: Sachverständige auf Irrwegen

Am 31. Dezember 1967 wurde in Tübingen das »Preis- und Sühneamt« aufgelöst. Dieses Amt hatte bis dahin die Aufgabe, die gültigen Richtsätze der Mieten zu überwachen. Nach diesen hatte man sich zu richten, sie waren faktisch eine Mietpreisobergrenze. Das Wohnen war keine beliebige Ware, die Mietpreisbindung sicherte bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten.

Eingeführt wurde eine staatliche Mietpreisgrenze in Deutschland erstmals in der Weimarer Republik mit dem Reichsmietengesetz 1922. Das war eine Folge des Krieges und der Wohnungsnot. Maßstab war die sogenannte Friedensmiete von 1914. Mieterhöhungen konnten nur mit Genehmigung durchgesetzt werden. Die Nationalsozialisten verschärften diese Regelung 1936 mit der »Preisstoppverordnung«. Die Mieten waren fortan eingefroren. In veränderter Form überstand die preisliche Reglementierung des Wohnungsmarktes das Dritte Reich, den Krieg und die Gründerjahre der Bundesrepublik – in Tübingen just bis ins Jahr der großen Umwälzungen von 1968.

Auch heute ist Wohnen wieder die »wichtigste soziale Frage unserer Zeit«. Bundespräsident Steinmeier sagte auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Juni 2019: »Wir müssen verhindern, dass unsere Städte zum sozialen Kampfplatz um das Wohnen werden. Das bedeutet: Wir müssen das Wohnen für alle Bürger bezahlbar und unsere Städte für alle lebenswert halten! (...) Ich finde, gerade der Polizist und die Busfahrerin, der Pfleger und die Erzieherin – alle, die die Stadt am

Leben halten, müssen auch in der Stadt leben können! Da müssen wir wieder hinkommen!«

Die Rede kam zwar etliche Jahre zu spät, aber sie beschrieb das Problem sehr zutreffend. In den sieben größten deutschen Städten sind »Neuvertragsmieten« in den letzten zehn Jahren um die Hälfte teurer geworden, in ganz Deutschland immerhin noch um rund ein Drittel. Damit konnten die Einkommen bei weitem nicht mithalten. So müssen die Menschen einen immer größeren Anteil ihres Gehalts für die Miete aufwenden. Besonders hart trifft es die Städter. Wer seine Wohnung durch Kündigung verliert oder wegen Familiennachwuchs umziehen will, muss häufig die Stadt verlassen, weil er sich die Miete nicht mehr leisten kann.

Dieses Problem hat sich immer weiter verschärft. Nicht zu wissen, wo man wohnen kann, ist nicht nur eine große Belastung für die Betroffenen, es bedroht auch den sozialen Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit unserer Städte. Wenn es zum Beispiel mit dem Einkommen des öffentlichen Dienstes nicht mehr möglich ist, am Arbeitsort zu leben, bleiben die Stellen immer öfter unbesetzt. Ein Phänomen, das mittlerweile spürbar häufiger auftritt. Der Mangel an Wohnraum trifft nicht nur Mieter. Die Immobilienpreise sind sogar noch schneller angestiegen als die Mieten. Der Traum vom eigenen Haus oder auch nur einer eigenen Wohnung wird für immer mehr Menschen unerschwinglich. Insgesamt ein Riesenproblem, das die Politik dringend lösen muss.

Was dazu in Berlin erdacht und in Texte von Verordnungen und Gesetzen gegossen wird, leidet an der Ferne zur Praxis vor Ort, denn es verschafft Parteipolitik und Wissenschaftsdogma viel zu viel Spielraum zur Entfaltung. Gut ablesbar ist das an einem Gutachten, das der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Juli 2018 veröffentlicht hat:

»Die Mietpreisbremse sollte ersatzlos gestrichen werden, da sie weitgehend wirkungslos ist und dort, wo sie wirkt, den Abbau von Wohnungsknappheit behindert. Der soziale Wohnungsbau sollte nicht wiederbelebt, sondern im Gegenteil zurückgefahren werden, weil hierbei eine Fehlleitung von Subventionen droht.«

Weitere Empfehlungen des Beirats lauten, die Energiestandards beim Bauen zu lockern, die Grunderwerbsteuer zu senken, Baulücken zu schließen, Neubaugebiete außerhalb der Städte zu entwickeln und das Wohngeld zu reformieren. Die Denkweise, die diesen Empfehlungen zugrunde liegt, beschreibt der Beirat selbst mit glasklaren Worten: »In der öffentlichen Diskussion wird verbreitet die Meinung geäußert, es fehle an ›bezahlbarem Wohnraum‹. Der Beirat hält dieses Bild für irreführend, da es die Funktion von Preisen als Knappheitsindikatoren außer Acht lässt.«

Es ist vielleicht nicht so überraschend, dass der Beirat des Wirtschaftsministeriums meint, es fehle gar nicht an bezahlbarem Wohnraum, sondern nur an den richtigen Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt. Auch die These, das Problem werde sich durch den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage ganz von selbst lösen, kann man verstehen. Dass aber ein wissenschaftlicher Beirat den von Millionen Menschen am eigenen Leib erlebten Mangel an bezahlbarem Wohnraum einfach als irreführende Meinung abtut und zur Lösung des Problems vorschlägt, ausgerechnet den sozialen Wohnungsbau einzustellen, ist dann doch verblüffend.

Hier zeigt sich, dass es manchmal gar nicht so leicht ist, politische Entscheidungen auf Fakten zu stützen. Auch wenn die Tatsachen selbst völlig unstrittig sind – ein dramatischer und bedrohlicher Anstieg der Wohnungspreise und Mieten in relativ kurzer Zeit –, gibt es über die Ursachen vollkommen gegensätzliche Auffassungen und folglich auch sehr verschiedene Lösungsvorschläge.

Im konkreten Fall dominiert wohl bei den meisten Ökonomen die Auffassung, dass die Kräfte des Marktes durch staatliche Regulierung zu sehr beschränkt wurden, und folglich empfehlen sie Deregulierung als Antwort. Ich sehe das anders: Dieses Problem hat doch der Markt im bestehenden Ordnungsrahmen selbst geschaffen. Deshalb kann er es auch nicht mehr allein lösen. Das führt mich zu einer Schlussfolgerung, die dem Rat der zitierten Wissenschaftler krass entgegensteht: Nicht Deregulierung, sondern ein massiver staatlicher Eingriff ist erforderlich, um die zerstörerischen Folgen weiterer Preisanstiege beim Wohnen abzuwehren.

Die Anhänger der Theorie der Deregulierung argumentieren etwa so: Der Anstieg der Wohnungspreise ist vor allem das Ergebnis von gestiegener Nachfrage durch Zuwanderung nach Deutschland und Binnenwanderung in die Städte, die nicht durch einen entsprechenden Zubau von Wohnungen oder die Ausweisung von Bauland kompensiert wurden. Verschärft wurde der Preisanstieg durch immer mehr und immer schärfere Bauvorschriften und Steuererhöhungen. Und schließlich hat der anhaltende Aufschwung die verfügbaren Einkommen wachsen lassen, so dass höhere Preise auch durchsetzbar wurden.

Das klingt so logisch und bestechend, dass die große Mehrheit der Ökonomen und Journalisten diese Erklärung einfach übernommen hat. Aber sie hat einen Haken: Es ist nur die halbe Wahrheit. Und dazu noch die Hälfte, die bei der Lösung des Problems nicht hilft.

Richtig ist, dass durch den dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung seit 2010 und die wieder wachsenden Reallöhne mehr Kaufkraft zur Verfügung steht, die es den Menschen erlaubt, mehr Geld für das Wohnen auszugeben. Richtig ist auch, dass durch Zuwanderung und überraschend ansteigende Geburtenzahlen die Nachfrage nach Wohnraum entgegen der Prognosen aus dem ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts nicht gesunken,